

2. Der Libanonkonflikt

2.1. Die Geschichte des Libanon

Der Libanon nimmt eine Sonderstellung im Nahen Osten ein. Durch seine zerklüftete, unzugängliche und relativ fruchtbare Berglandschaft bot er von alters her religiös-ethnischen Minoritäten wie den Drusen, Schiiten, Maroniten und zahlreichen kleineren christlichen Konfessionen Schutz und Lebensgrundlage. Diese Gemeinschaften nutzten die Phasen der Schwäche der Zentralreiche, um sich Autonomierechte, eine Ausdehnung in die in der Regel von der Zentralmacht beherrschte Küstenregion oder die Unabhängigkeit zu erkämpfen. Zu anderen Zeiten mußten sie sich hingegen oft vor Unterdrückung und grausamer Verfolgung in die abgelegenen Bergregionen zurückziehen.¹ Wegen der günstigen Lage am Mittelmeer spielt die Region darüber hinaus seit Jahrtausenden eine bedeutende Rolle als Drehscheibe für Handel und Kultur zwischen Orient und Okzident.² Diese beiden Faktoren - der Minderheitenstatus der religiösen Gemeinschaften in einer feindlich gesinnten Umgebung und die zentrale geographische Lage - begünstigten die Entwicklung einer vielfältigen Kultur.

In seiner jüngeren Geschichte bildet der Libanon ein Paradebeispiel für die von Europa ausgehende Globalisierung des westlichen Gesellschaftstypus. Mit der Troika aus Kultur, Politik und Ökonomie hielt dieser im Nahen Osten Einzug. Das Paradigma des "Minderheitenschutzes" wurde im 19. Jahrhundert offensiv für die Machtpolitik und Einflußnahme im zerfallenden Vielvölkerstaat des Osmanischen Reichs instrumentalisiert. Frankreich protegierte dabei die mit Rom liierten Maroniten des Libanon, Großbritannien die Drusen und das zaristische Rußland die orthodoxen Christen. Zusätzlich mischten Österreich, Deutschland und die USA als selbsternannte Schutzmächte im Pokerspiel um eine Einflußnahme mit. Die Errichtung von christlichen Wohlfahrtseinrichtungen und Missionsschulen diente häufig den machtpolitischen Interessen. Die kulturelle Einflußnahme sollte die jeweils geförderte Religionsgemeinschaft als politischen Klienten gewinnen und binden. So finanzierte beispielsweise anfangs das französische Außenministerium die jesuitische *Université St. Joseph* (USJ) in Beirut, die für die Ausbildung der höheren Beamten der Staatsbürokratie und der Parlamentarier bis in die jüngste Zeit prägenden Einfluß hat.³ Das Bewußtsein von diesem frühen imperialistischen Erbe prägt die innerlibanesischen Debatte bis zum heuti-

¹ Vgl. Hanf 1990, S. 71 ff.

² Besondere Berühmtheit erlangten im ersten vorchristlichen Jahrtausend die Phoenizier, die von libanesischen Gestaden aus Handel treibend bis nach Amerika gelangten.

³ Bis 1953 hatten die *USJ*-Graduierten nahezu ein Monopol auf die Stellen der höheren Regierungsbeamten, bis 1969 bildeten sie deren absolute Mehrheit; vgl. Ghusayni 1974, S. 191. Nahezu alle Parlamentarier von 1972 hatten eine französischsprachige Ausbildung absolviert. Lediglich ein Abgänger der englischsprachigen *American University of Beirut* (*AUB*) und zwei der auf Arabisch lehrenden *Libanesischen Universität* fanden sich unter den Abgeordneten; vgl. Abu Khalil 1989, S. 211.

gen Tag. So kritisiert *Schams ad-Din*, ein bedeutender schiitischer Geistlicher, das heuchlerische religiös-kulturelle Engagement, das nur dazu diene, die islamischen Länder aufzubrechen und zu zerstückeln, um sie besser beherrschen zu können.

"Das säkulare Frankreich, das die jesuitischen Pfarrer aus seinem eigenen Land vertrieben hatte, wählte die Jesuiten und die übrigen Katholiken in den islamischen und anderen Ländern als Schutzbefohlene aus".⁴

Dem Eindringen europäischer ökonomischer Strukturen kam eine determinierende Rolle für die Wirtschaft des Landes zu. Im 19. Jahrhundert hatte der monokulturelle Anbau von Maulbeerbäumen und die Seidenverarbeitung für den französischen Markt eine so dominierende Rolle erlangt, daß die Preisentwicklung auf dem Weltmarkt für Seide und Tuche die gesellschaftliche Entwicklung des Libanon bis Anfang des 20. Jahrhunderts entscheidend bestimmte.⁵ Einen wesentlichen Faktor direkter ökonomischer Penetration in das zerfallende Osmanische Reich bildeten ferner die Kapitularien, die vom Sultan seit 1535 an europäische Mächte zur wirtschaftlichen Ausbeutung wichtiger Ressourcen seines Reiches verkauft wurden.⁶ So wurde beispielsweise 1881 die Tabakkonzession für das Gebiet des heutigen Libanon an Frankreich abgetreten.

Maroniten und Drusen bildeten die wichtigsten Gemeinschaften der pränationalen Zeit im zentralen Libanongebirge. Die durch europäischen Druck mit besonderem Autonomiestatut versehene Provinz, der *Mont Liban* oder *Kleine Libanon*, der damals ungefähr ein Drittel seiner heutigen Landfläche ausmachte, wurde nach dem Ersten Weltkrieg von der französischen Mandatsmacht mit umliegenden, vorwiegend von Sunniten, Schiiten und nichtmaronitischen Christen bewohnten Gebieten zum heutigen *Großen Libanon* verschmolzen. Zugeschlagen wurde dabei im Osten die *Bekaa-Ebene*, ein Hauptsiedlungsgebiet der Schiiten, im Norden das vorwiegend von Sunniten und orthodoxen Christen bewohnte Hinterland von Tripoli, der Küstenstreifen mit den Städten Tripoli, Beirut, Saida und Sur sowie der überwiegend von Schiiten bewohnte *Jabal 'Amil* im Süden.

Frankreich zerschlug mit dieser Grenzziehung die Hoffnungen der arabischen Nationalbewegung, einen vereinten großsyrischen Staat im ostarabischen Raum (*Maschriq*) errichten zu können. Mehrere bewaffnete Aufstände gegen die französische Besatzung sowie ein Boykott der Muslime, der sich gegen die nach französischem Vorbild ausgerichtete Verfassung und gegen den Aufbau von frankophonen Staatsorganen richtete, konnten die Zuordnung der ehemals syrischen Gebiete nicht rückgängig machen. Ein Plebiszit über den Anschluß an Großsyrien wurde verboten.⁷

Die im Libanon zusammengeschlossenen Regionen lassen sich demnach in drei Bereiche unterteilen: das zentrale Libanongebirge mit seiner vorwiegend maronitischen und minderheitlich drusischen Bevölkerung und einer langen Tradition von Autonomie, die Küstenregion mit ihren weltweiten Handelsstädten und die peripheren Regionen.

⁴ Schams ad-Din 1990, Bd. 1, S. 111ff, hier S. 114. Der Jesuitenorden, der sich durch besonderen Eifer gegen die Aufklärung hervorgetan hatte, war in Frankreich 1762 aufgelöst worden.

⁵ Vgl. Rodinson 1986, S. 168.

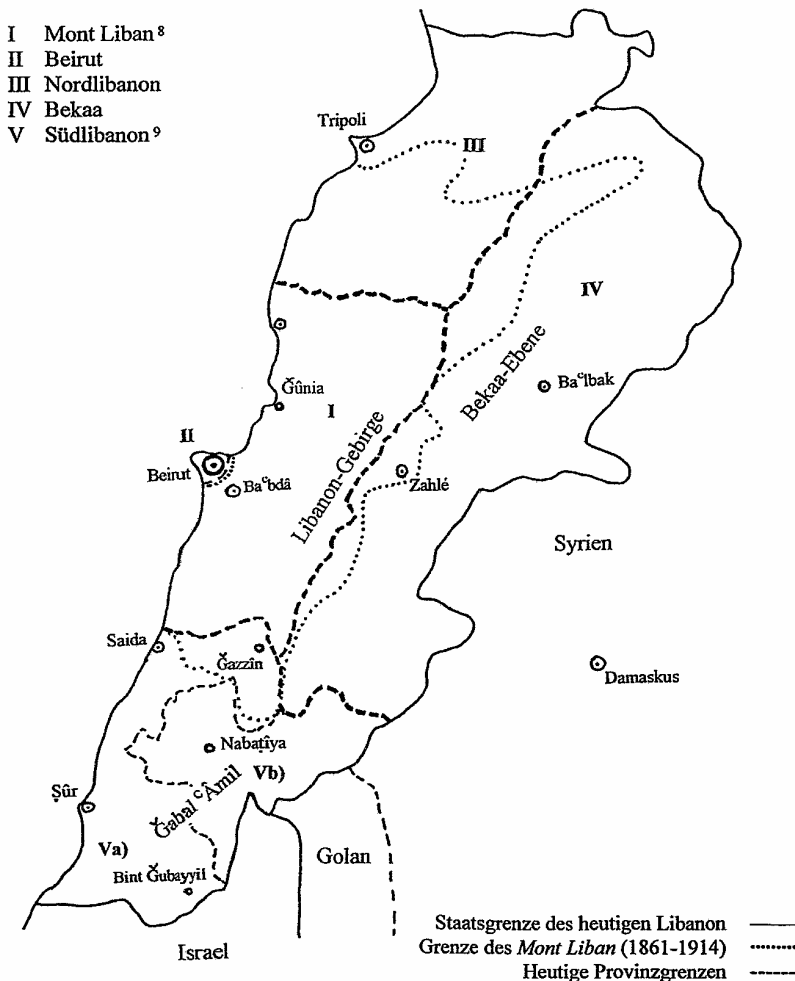
⁶ Zu diesen Kapitularien siehe Kohn 1931, S. 102f, Pohl-Schöberlein 1986, S. 97.

⁷ Vgl. Kohn 1931, S. 270.

Karte 1: Die Provinzen des Libanon

Heutige Provinzen

- I Mont Liban⁸
- II Beirut
- III Nordlibanon
- IV Bekaa
- V Südlibanon⁹



⁸ Die Grenzen der heutigen Provinz "Mont Liban" stimmen nicht mit der autonomen Provinz gleichen Namens überein.

⁹ Die Provinz "Südlibanon" wurde 1975 in die Provinzen *Saida* (Va) und *Nabatiyya* (Vb) aufgeteilt.

Das politische Selbstverständnis dieses neuen staatlichen Gebildes, das in der Verfassung von 1926 und im ungeschriebenen Nationalpakt von 1943 seinen Ausdruck fand, basierte maßgeblich auf einem Kompromiß zwischen den rebellischen Gemeinschaften des Gebirges, besonders den Maroniten, und den mehrheitlich sunnitischen Städtern.¹⁰ Weitgehend ausgeklammert blieben indessen die randständigen, unterentwickelten Gebiete des Nordens sowie die vorwiegend von Schiiten bewohnten Provinzen *Südlibanon* und *Bekaa*. Deren Ausgrenzung aus dem politischen System verfestigte die Isolation, in welche sie ohnehin durch die Staatsgründung geraten waren. Denn die *Bekaa*-Ebene wurde von ihrem bisherigen Handelsraum, den syrischen Städten *Hums* und *Hama*, abgeschnitten¹¹, der *Jabal 'Amil* durch die Staatsgründung Israels von dem gemeinsamen Wirtschaftsraum mit Palästina und den Handelsbeziehungen zu Nordafrika isoliert.¹² Ein spezifisches Schicksal widerfuhr den vorwiegend schiitischen Bewohnern der Palästina zugeschlagenen "sieben Dörfer", die nach der israelischen Besetzung 1948 in den Libanon flohen und dort teilweise bis heute als staatenlose "Palästinaflüchtlinge" registriert sind.¹³

Im *Kleinen Libanon* schlugen im 19. Jahrhundert soziale Revolten mehrfach in konfessionelle Bürgerkriege um, die von außenstehenden Mächten instrumentalisiert und geschürt wurden.¹⁴ Auf französischen und britischen Druck hin schuf die Hohe Pforte daher das für die moderne Geschichte des Landes charakteristische Regierungssystem des *Konfessionalismus*. In unterschiedlichen Konstellationen, entweder in Repräsentativ- (ein Vertreter aus jeder wichtigen Konfession) oder Proporzverteilung (nach Gruppenstärke) traten die Religionsgemeinschaften fortan als politische Subjekte auf. Die Institutionalisierung des politischen Konfessionalismus im *Règlement Organique* von 1861/1864 verschaffte dem Libanon relativ früh die Möglichkeit, mit einer repräsentativen Form von Regierung zu experimentieren.¹⁵ Dieses System entstand in der historischen Situation eines unvermittelten und oftmals gewalttätigen Zusammenpralls der verschiedenen Interessenlagen der Religionsgemeinschaften als ein politisches Instrument, das in seinem Bemühen um die Pazifizierung und die Integration der ansonsten auseinanderdriftenden Gruppen zunächst durchaus Erfolg zeitigte. Als solches wurde das Proporzsystem daher in die Herrschaftsordnung des *Grand Liban* unter Mandatsverwaltung (1920-1943/46) und in den unabhängigen Libanon (seit 1943/1946) übernommen.¹⁶

Bei der einzigen offiziellen Volkszählung des Landes wurde 1932 die demographische Verteilung der anerkannten Religionsgemeinschaften ermittelt. Die Parlamentssitze

¹⁰ Vgl. Salibi 1965, S. XXIV, Hourani 1976, S. 36ff, Hourani 1988, S. 7ff.

¹¹ Von der einstigen Handelstätigkeit blieben lediglich der Schmuggel und Haschischhandel übrig; vgl. Sulaiman 1986, S. 73f.

¹² Vgl. Hoteit 1991, S. 94, A. Faour 1984, S. 56.

¹³ Zur ungeklärten Staatsbürgerschaftsfrage der "sieben Dörfer" um *Hunin* vgl. *'Alawiyya* 1984. Erst seit 1994 wird den Verbliebenen die libanesische Staatsbürgerschaft gewährt.

¹⁴ Vgl. Salibi 1965, S. Khalaf 1987, Owen 1976, S. 24 und Olmert 1987, S. 192 heben die französischen Bemühungen zur Konfessionalisierung der Konflikte hervor.

¹⁵ Vgl. S. Khalaf 1991, S.37.

¹⁶ Eine detaillierte historische Herleitung des Proporzsystems findet sich bei Hanf 1990, S. 83-98. Der Libanon wurde formal 1943 in die Unabhängigkeit entlassen, jedoch erhielt er erst 1946 seine volle Souveränität.

und höheren Posten sämtlicher staatlicher Institutionen bei Gerichten, in der Armee und Verwaltung werden seither mit Hilfe des dabei ermittelten Proporz von sechs Christen zu fünf Muslimen besetzt.¹⁷ Im ungeschriebenen Nationalpakt von 1943 erhielt die demographische Relation weiterhin ihren Ausdruck darin, daß den Maroniten der politisch einflußreichste Posten des Staatspräsidenten zugeteilt wurde. Ferner blieben die Ämter des Nationalbankpräsidenten, des Oberbefehlshabers der Armee, des Vorsitzenden des Obersten Gerichtshofes und die Leitung des militärischen Geheimdienstes einem Maroniten vorbehalten.¹⁸ Ihre Privilegierung legitimierte die christliche Gemeinschaft mit den "Schutzgarantien", derer sie angesichts der umgebenden muslimischen Staaten und wegen der im vergangenen Jahrhundert erlebten Verfolgung bedürfe. Sunniten und Schiiten wurden die weniger bedeutenden Posten des Minister- bzw. Parlamentspräsidenten zugesprochen. Indem aber zusätzlich noch höhere Verwaltungs- und Armeeringe nach dem Proporzschlüssel vergeben wurden und sich die konfessionelle Verteilung von Ämtern via Klientelismus und Familialismus auf niedere als die explizit dem Proporz vorbehaltenen Segmente ausbreiteten, bedingte dieses Distributionssystem neben der politischen zusätzlich die ökonomische, militärische und soziale Chancenvergabe.

¹⁷ Die mit Hilfe der Volkszählung ermittelten demographischen Daten werden hier in Graphik 3, S. 74 aufgelistet. Die Rechtmäßigkeit dieser Ergebnisse wurde besonders von Muslimen immer wieder in Frage gestellt. Kewenig 1965, S. 51, Anm. 147, vermutet, daß die Schiiten zu der Zeit seiner Untersuchung 1960 die Zahl der Sunniten bereits überflügelt hatten. Die Verteilung der höheren Verwaltungsämter wurde in den sechziger Jahren unter Präsident *Schihab* in eine paritätische umgewandelt. Erst als ein Ergebnis des Friedensvertrages von *Ta'if* wurde 1992 auch das Verhältnis der Parlamentarier geringfügig korrigiert.

¹⁸ Insgesamt waren 17 hohe Posten Christen vorbehalten; vgl. Halawi 1992, S. 97.

2.2. Die Genese des Libanonkonfliktes

a) Wachstum ohne Entwicklung

Die geokulturelle Lage des Libanon zwischen Europa und dem Nahen Osten, zwischen Christentum und Islam begründete seine spezifische Position im funktionsteiligen System des Weltmarktes und prädestinierte ihn zu einer Drehscheibe für Handel und Dienstleistungen. Da er sowohl zu traditionellen als auch zu modernen Gesellschafts- und Wirtschaftsformen Anknüpfungspunkte besaß, wurde seine Vermittlerposition von beiden Seiten geschätzt. Besonders Beirut erlebte einen ungeheuren Boom, weil die rasant ansteigenden Öleinnahmen der Region und arabische Fluchtgelder in der Dienstleistungs- und Bankenmetropole umgeschlagen wurden. Dies begründete ein beachtliches numerisches Wirtschaftswachstum, aber keine strukturelle Entwicklung.¹ Ein immenser Reichtum blieb im Tertiärsektor und auf eine kleine Schicht von Wohlhabenden konzentriert, verteilte sich indessen nur geringfügig durch produzierendes Gewerbe, bedeutender hingegen mittels klientelistischer Vergabe von Ressourcenzugängen auf breitere Bevölkerungsschichten.² Investitionen wurden vorwiegend in kurzfristig Profit abwerfenden Sektoren wie der Immobilienspekulation und dem Handel getätigt.

Die regionalen Kontraste im sozioökonomischen Wachstumsprozess wurden durch die Staatspolitik bis zum Bürgerkrieg von 1958 in keiner Weise ausgeglichen. Erst in der etatistischen Reformperiode der sechziger Jahre unter den Präsidenten *Fu'ad Schihab* (1958-1964) und *Charles Hilou* (1964-1970) wurde die Infrastruktur der randständigen Regionen verbessert, was zu einer umfassenden Mobilisierung in diesen Gebieten führte. Der Investitionsanteil am Staatshaushalt stieg von 6,8 % (1960) auf 25,3 % im Jahre 1963 an, sank allerdings anschließend wieder auf lediglich 9,5 % für 1970.³ Durch die hohe Geburtenrate auf dem Land und die zunehmende Mechanisierung im Agrarsektor wurden viele Arbeitskräfte freigesetzt, die in die Städte migrierten. Gleichzeitig eröffnete das zügig ausgebauten staatliche Schulsystem neue Möglichkeiten der beruflichen Mobilität.⁴ Der Wachstumsschub stieß jedoch auf die Schranken eines zu starren Gesellschaftssystems, das eine zufriedenstellende und egalitäre Integration der neu mobilisierten Bevölkerungsstrata verhinderte. Das Schulsystem beispielsweise blieb polarisiert zwischen den Staatsschulen, die vorwiegend von Muslimen der unteren Schichten besucht wurden, und den qualitativ bessergestellten Privatschulen, deren Schüler mehrheitlich aus wohlhabenden Schichten der Christen kamen.⁵ Die christlichen privaten Bildungseinrichtungen, besonders die bereits erwähnte *Université St. Joseph (USJ)*,

gewährten ihren Absolventen bis in die fünfziger Jahre nahezu ein Monopol für den Zugang zu den oberen Staatsämtern.⁶ Die Chancenungleichheit führte besonders unter den aufstrebenden, gebildeten Muslimen zur Frustration der geweckten Hoffnungen, durch berufliche und soziale Mobilität an dem neu geschaffenen Wohlstand partizipieren zu können. Statt verbesserter Lebensumstände erwartete die landflüchtigen Menschen der unvermittelte Konkurrenzkampf metropolitaner, kapitalistischer Verhältnisse, der durch eine Wirtschaftspolitik des *laissez-faire* in keiner Weise sozial abgedefert wurde. Für die ökonomischen Herausforderungen bestanden keine ausreichenden Institutionen wie staatliche Entwicklungsbanken oder ein Bankengesetz. Reformmaßnahmen wie die Einführung von Schutzzöllen und der Aufbau eines Wirtschaftsverbundes mit Nachbarstaaten, um die Absatzmärkte zu vergrößern und die Diversifikation der Produktion zu fördern, wurden von den Regierungen vernachlässigt. Sozialstaatliche Regelungen wie ein Sozialversicherungssystem oder eine Arbeitsschutzgesetzgebung fehlten ebenfalls. Die Einbürgerung der "staatenlosen" Libanesen und eine Aufenthalts- und Arbeitsregelung für Palästinenser, Kurden und Syrer hätten den grauen und schwarzen Markt an billigen und willfähigen Arbeitern abbauen können, der die Durchsetzung von Schutzrechten und die Entwicklung eines stabilen Arbeitsmarktes verhinderte. Zu Beginn der siebziger Jahre verdingte sich ein Drittel aller Beschäftigten, besonders die Bewohner der Beiruter Vororte, als Tagelöhner, d. h. sie befanden sich in äußerst labilen Arbeitsverhältnissen.⁷ Selbst im Industriesektor, üblicherweise ein Vorreiter in puncto geregelter Arbeitsverhältnisse, herrschte die Unsicherheit einer transitorischen Wirtschaftsweise vor, da die Beschäftigten häufig entlassen wurden, um den Aufbau einer engagierten und gefestigten Arbeiterschaft zu verhindern.⁸ Einstellungen, Entlassungen und die Lohngestaltung wurden weitgehend in freiem Konkurrenzkampf bzw. innerhalb von Klientelstrukturen geregelt, wodurch sich keine zweckrationale Verlässlichkeit zwischen den "Geschäftspartnern" etablieren konnte. Stattdessen existierte ein starkes Schwankungen unterliegendes Geflecht ständig wechselnder Dependenz, das enorm krisenanfällig war.

In der Landwirtschaft konnten sich teilweise krasse Unterschiede der Besitz- und Einkommensverhältnisse halten. Der in Selbstbewirtschaftung kultivierte Boden beispielsweise verteilte sich Ende der sechziger Jahre extrem ungleich. Die wohlhabendsten 3 % der Landbesitzer verfügten über 40 % des Landes, während sich 54 % der Bauern mit 9 % der Gesamtfläche begnügen mußten.⁹ Die Landwirtschaft war zudem unvermittelt mit der Konkurrenz des Weltmarktes konfrontiert, ohne durch eine nur mit staatlicher Unterstützung mögliche technologische Anpassung an diesen gemildert zu werden. Eine Kreditbank für Landwirtschaft und spezielle Büros für einige landwirtschaftliche Produkte änderten wenig an dieser Situation, da die Initiativen durch Korruption und

¹ Vgl. Awad 1991, S. 85.

² Zur wirtschaftlichen Entwicklung in dieser Phase vgl. Owen 1988.

³ Awad 1991, S. 86f.

⁴ Zur Entwicklung des Bildungssektors vgl. Bashshur 1988. Die Expansionsrate in den höheren Bildungseinrichtungen erreichte bis zu 30 % pro Jahr; ebda S. 48f. 1975 waren 18 % der über 15-jährigen Männer und 37 % der Frauen Analphabeten. Für die Altersgruppe der 15 bis 24-Jährigen sank deren Anteil auf 8 bzw. 22 %; s. UN-ECWA 1980, S. 13.

⁵ Von den Muslimen besuchten Anfang der siebziger Jahre 53 % öffentliche Schulen, von den Christen lediglich 33 %; s. Diab & Donohue 1980, S. 8

⁶ Vgl. Ghusayni 1974, S. 191. Die französischsprachigen Universitäten ließen nur ein bestimmtes Quorum an muslimischen Bewerbern zu; s. Kewenig 1965, S. 86. Die 15 Hochschulen und Universitäten des Landes befanden sich sämtlich in Beirut. Lediglich eine von ihnen, die *Libanesische Universität*, war staatlich; vgl. Hoteit 1991, S. 362. Bashshur 1988, S. 54, urteilt über das Bildungssystem, daß es ihm an Ausgeglichenheit, Gleichheit und Gerechtigkeit fehlte.

⁷ Vgl. UNESOB 1972b, S. 48f.

⁸ Vgl. Halawi 1992, S. 70, Khuri 1975, S. 74.

⁹ Entnommen aus Dubar & Nasr 1976, S. 258. Stand der Angaben ist 1967.

Ineffizienz versackten.¹⁰ Ende der fünfziger Jahre wurde ein "Grüner Plan" aufgelegt, in dessen Rahmen landwirtschaftliche Projekte gefördert werden sollten, doch sein entwicklungspolitischer Ansatz war verfehlt und verschärfte nur noch die Landflucht. Ein Großteil der Fördermittel versickerte in den Klientelstrukturen der *Zu'ama'*¹¹, und von 1965 bis 1975 ging mehr als die achtfache Menge der seinerzeit urbar gemachten Landfläche wieder verloren.¹² Der Agrarsektor nahm in seiner Bedeutung für den Arbeitsmarkt von 38 % (1960), anderen Angaben zufolge sogar 49 % (1967) der Beschäftigten¹³ auf ca. 10 % in den achtziger Jahren dramatisch ab. Sein Anteil am Brutto-sozialprodukt fiel von 19,7 % im Jahre 1950 auf unter 10 % in den siebziger Jahren.

Graphik 2: Die Entwicklung der Wirtschaftssektoren 1950 - 1987

| Wirtschaftssektor | Anteil der Beschäftigten | | | | Anteil am BSP | | |
|---|--------------------------|--------------------------|------------------------|-------------------------|------------------|------|------|
| | 1960 | 1970 | 1980 | 1987 | 1950 | 1970 | 1987 |
| Primärsektor (Landwirtschaft) | 38 | 33 | 11 | 8 | 19,7 | 9,1 | 8,7 |
| Sekundärsektor (Industrie, Baugewerbe) | 23 | 23 | 27 | 20 | 17,6 | 18,1 | 19,5 |
| Tertiärsektor (Dienstleistungen Handel,Banken u.a.) | 39 | 44 | 62 | 72 | 62,7 | 72,8 | 71,8 |
| Quelle | Stork 1984, S. 6 | UNESOB 1972b S. 48 | Stork 1984, S. 6 | Hanf 1990, S. 559 | Awad 1991, S. 84 | | |

Die herkömmliche Wirtschaftsweise wurde in großen Schüben durch moderne, kapitalistische Methoden verdrängt, mit denen die rückschrittlichen agrarischen Arbeitsweisen nicht konkurrieren konnten.¹⁴ Der unterdurchschnittliche Verdienst in der Landwirtschaft und die große regionale Varianz in der Verteilung der Wirtschaftssektoren verstärkten den Migrationsdruck in die Städte oder ins Ausland.¹⁵ So setzte die sektoral und regional ungleiche wirtschaftliche Entwicklung eine beachtliche räumliche, soziale

¹⁰ Zu einer Darstellung der Projekte vgl. Hachem 1969. Er nennt einen Realisierungsgrad für größere Projekte von lediglich 53,1 %; s. S. 365. Vgl. ferner Pohl-Schöberlein 1986, Johnson 1986, S. 147.

¹¹ *Za'im* (pl. *Zu'ama'*) bezeichnet im Libanon einen semifeudalen Patron, der seine Macht auf ererbte politische, ökonomische, militärische oder genealogische Ressourcen gründet. Zur Bedeutung des Terminus vgl. hier Kapitel 2.4.a), § 2.

¹² Vgl. Ba'lbaki & Mahfuz 1985, S. 18. Siehe ferner Younes 1975, S. 87f.

¹³ Kuwait Fund for Economic Development (June 1967), zitiert nach Odeh 1985, S. 69.

¹⁴ Zur Situation der Landwirtschaft siehe Ba'lbaki & Mahfuz 1985. Die landwirtschaftlich genutzte Fläche ging von 400.000 ha Ende der fünfziger Jahre auf 275.000 ha Mitte der siebziger Jahre zurück (ebda S. 17). Der intensiv bewirtschaftete Landbau stieg hingegen von 68.000 ha Anfang der siebziger auf 87.000 ha Anfang der achtziger Jahre (S. 18) an. Viel Anbaufläche geht bis auf den heutigen Tag durch Bodenspekulation und Zersiedelung verloren.

¹⁵ Awad 1991, S. 85, nennt folgende monatliche Pro-Kopf-Einkommen für 1970: Primärsektor 570 LL, Sekundärsektor 1644 LL, Tertiärsektor 4106 LL.

und kulturelle Mobilisierung der Bevölkerung in Gang. Hierdurch vollzog sich ein rapider Urbanisierungsprozeß, der durch die Fluchtbewegungen in den verschiedenen bewaffneten Auseinandersetzungen und Kriegsrunden seit Anfang der siebziger Jahre zusätzlich answoll. 1959 betrug der Anteil der Stadtbevölkerung noch 49,8 %, er kletterte bis 1970 auf 61,2 %, um 1990 sogar 83,4 % zu erreichen.¹⁶ Allein Beirut absorbierte über die Hälfte der Gesamtbevölkerung.¹⁷

Diese Veränderungen rissen die Menschen zunehmend aus ihren gewohnten sozialen Bindungen und entfremdeten sie diesen, trotz häufiger Rückkehr in ihre Dörfer. In dieser Situation rapider Transformationsprozesse begegneten sich Tradition und Moderne mit einer Intensität, die schwere Disruptionen hinterließ. Denn die traditionellen Herrschaftsstrukturen, die restriktive Moral und die erzwungene Familienloyalität entließen die neu mobilisierten Menschen nicht ohne weiteres in die selbstbestimmte "Freiheit" der Moderne. Das Versprechen des egalitären, liberal-kapitalistischen Marktes erfüllte sich nicht, da klientelistische Seilschaften und konfessionelle Privilegien die mobilisierten Schichten in ihrem Aufstieg behinderten. Der Wandel ging hierdurch gebrochen, widersprüchlich und verbunden mit Frustrationen für den Einzelnen vorstatten. Dadurch bildete sich im Libanon der Vorbürgerkriegszeit ein Konglomerat aus Interessengegensätzen und Bewußtseinsniveaus, das ein spannungsgeladenes Gemisch ergab und im Bürgerkrieg den Kämpfen viel Nahrung an Haß, Neid und Arroganz lieferte.

b) Konflikte der Vorbürgerkriegszeit

In der Zeit vor dem Bürgerkrieg wurden einige gesellschaftspolitische Konflikte ausgetragen, an denen Muslime, insbesondere Schiiten, entscheidenden Anteil hatten. Sozio-ökonomisch und politisch bedingte Konflikte verschoben sich hierbei aufgrund der engen Verbindung der Sphären Ökonomie, Politik und Kultur sowie der konfessionellen, regionalistischen, klientelistischen und familialen Herrschaftsstrukturen zu interessenfremden, affektiv ausgetragenen Spannungen. Dabei standen sich Anforderungen sowohl traditionaler als auch moderner Art gegenüber, ohne daß die Sicherungs- und Solidarsysteme einer der beiden Entwicklungsstufen vorhanden waren. Auffallend an den Auseinandersetzungen war ein hoher Grad an Gewalttätigkeit. Nicht selten kam es zu Verletzten und Toten, wenn die Armee und die inneren Sicherheitskräfte - als für interne Streitschlichtung ungeeignete Instrumente - gegen Demonstranten und Streikende eingesetzt wurden. Es mangelte der libanesischen Gesellschaft an Institutionen der Konfliktregulierung, mit deren Hilfe die Auseinandersetzungen hätten friedlich kanalisiert werden können.

Häufig pflanzte sich die konfessionelle Privilegierung durch sekundäre Prozesse fort. Christliche Bewerber wurden beispielsweise bei ihrer Einstellung in den gehobenen Dienst der frankophonen Verwaltung bevorzugt, da sie als Absolventen der französischsprachigen juristischen Fakultät der *Université St. Joseph* über bessere Einstellungs-voraussetzungen verfügten.¹⁸ Der "*Sprachenstreit*" in den sechziger Jahren, der seitens

¹⁶ Fa'ur 1991, S. 20.

¹⁷ Nasr 1983; Fa'ur 1991, S. 20, beziffert den Anteil für 1975 sogar auf 60 %.

¹⁸ Vgl. Kisirwani 1988, S. 31. Ca. 50 Jahre lang konnte Jura im Libanon ausschließlich an der *USJ* studiert werden. Erst nach langjährigen Auseinandersetzungen wurde in den sechziger Jahren an der

der Muslime mit dem Ziel einer Arabisierung im Bildungs- und Verwaltungssystem ausgefochten wurde, trug deshalb automatisch konfessionalistische Züge. Die Forderung nach Arabisch als Pflichtunterrichtssprache besonders im Fachbereich Jura gewann wegen der vorwiegend christlichen Studentenschaft der Privatuniversität den Charakter einer muslimisch-christlichen Auseinandersetzung.¹⁹

Ende 1972 entbrannte eine Kontroverse um die Forderung muslimischer Geschäftsleute und Geistlicher nach Einführung des Freitags als zusätzlichem offiziellen Ruhetag. Dieses Verlangen, das von der "Maronitischen Liga" vehement abgelehnt wurde, barg neben der religiösen eine ökonomische Dimension. Muslimische Händler, die sich aus religiösen Gefühlen oder Rücksichtnahme auf ihre Kundschaft freiwillig an den Freitag als Feiertag hielten und außerdem an den gesetzlichen Ruhetag am Sonntag gebunden waren, verloren an Konkurrenzfähigkeit gegenüber den christlichen Geschäftsleuten. Da ohnehin die Anzahl offizieller christlicher Feiertage die der muslimischen übertraf, sahen die Muslime in der Ablehnung ihres Ansinnens eine konfessionelle Diskriminierung. Die christlichen Wortführer versuchten hingegen, das Verlangen als "konfessionalistisch" zu diskreditieren.²⁰

Im Südlibanon waren bis Mitte der siebziger Jahre 72 % der Bauern im Tabakanbau beschäftigt. In diesem Sektor blieb die klassische Form der politischen Patronage in Form der Abhängigkeit von den *Zu'ama'* bestehen. Die Tabakbauern in der Region *Nabatiyya* kämpften daher seit 1972 gegen die klientelistische Vergabe von Konzessionen für den Tabakanbau, gegen die bauernunfreundliche Preisfixierung, für eine Sozialversicherung sowie dafür, daß Anbaulizenzen nur noch an tatsächliche Nutzer und nicht mehr an Mittelsmänner vergeben werden sollten.²¹ Die *Regié Libanaise des Tabacs et Tonbacs*, ein klientelistisch organisierter Staatsbetrieb, war der Adressat des Protestes, der ein konfessionelles Gepräge dadurch erhielt, daß die Tabakbauern vorwiegend Schiiten waren. Am 2.12.1972 kam es zu ersten Protestaktionen, da die *Regié* nicht den ganzen geernteten Tabak abnehmen wollte. Am 22.1.1973 demonstrierten 10.000 Tabakbauern in *Nabatiyya* und besetzten ein Gebäude der *Regié*. Zwei Tage später schoß bei einer Kundgebung ein Armeeeoffizier nach Steinwürfen scharf, tötete zwei und verwundete fünfzehn Teilnehmer. Am nächsten Tag räumten 450 Soldaten und 60 Gendarme das besetzte Gebäude.²²

Auf die Ankündigung eines Lehrerstreiks an den staatlichen Grundschulen, an denen überproportional viele Schiiten beschäftigt waren, reagierte der Staat mit der Drohung von Massenentlassungen. Dies verschärfte wiederum die Proteste.²³ Der Arbeitskampf

Libanesischen Universität eine arabischsprachige Juristische Fakultät gegründet; s. Ghusayni 1974, S. 134f.

¹⁹ Vgl. Bashshur 1988, S. 54ff. Zu den dadurch verursachten Studentenprotesten und -unruhen vgl. Ghusayni 1974.

²⁰ Zur entsprechenden Debatte vgl. Cambell 1973.

²¹ Zu den Forderungen der Tabakbauern s. Pohl-Schöberlein 1986, S. 133f.

²² Die Situation der Tabakbauern im Südlibanon und deren Proteste beschreiben Halawi 1992, S. 57ff, Pohl-Schöberlein 1986, S. 130ff, Chamussy 1973, S. 80-86, Younes 1975, S. 77f.

²³ Auf den Streikaufruf vom 19.1.1973 für den 23. des Monats reagierte das Erziehungsministerium mit der Drohung, alle am Streik beteiligten Lehrer zu demissionieren. Als dennoch 14-15.000 der insgesamt 16.000 Grundschullehrer in den Streik traten, reagierte das Ministerium mit der Entlassung von 2.652 Lehrern, die allerdings aufgrund anhaltender Proteste zum größten Teil wieder

in der *Ghandur*-Fabrik, in der katastrophale Arbeitsbedingungen herrschten, war eine vorwiegend "innermuslimische" Angelegenheit - die Arbeiterschaft setzte sich mehrheitlich aus Schiiten zusammen. Bei der Streik- und Besetzungsaktion der Belegschaft im November 1972 baten die sunnitischen Fabrikbesitzer den Ministerpräsidenten *Sa'ib Salam*, mit dem sie eine klientelistische "Freundschaft" verband, um Hilfe. Bei dem von diesem beorderten Armeeeinsatz wurden zwei Streikposten vor der Fabrik in *asch-Schihyah* erschossen, fünf weitere wurden verwundet.²⁴

Seit Mitte der sechziger Jahre politisierten und radikalisierten sich vorwiegend die muslimischen Studenten an den Beiruter Universitäten. Von 1968 bis 1975 wurden von ihnen zahlreiche Protestaktionen organisiert oder unterstützt. Sie forderten die Aufhebung von konfessionellen Quoten und des Proporzsystems²⁵, solidarisierten sich mit den Tabakbauern im Südlibanon, den streikenden Fabrikarbeitern und Lehrern sowie mit den sich selbst bewaffnenden palästinensischen Fedajin. Diese Proteste stießen auf die Widersprüche des pseudo-liberalen Systems, das zwar einen für nahöstliche Gesellschaften einmalig hohen Grad an Meinungsfreiheit kannte, zugleich aber den Geheimdienst und sogar Scharfschützen gegen die Demonstrationen einsetzte.²⁶ Da an diesen Protestaktionen vorwiegend Muslime beteiligt waren, während der Staatsapparat überwiegend aus christlichen Entscheidungsträgern bestand, gewannen auch diese Auseinandersetzungen ein konfessionelles Gepräge.²⁷

In Saida protestierten am 26.2.1975 Fischer gegen die Konzessionsvergabe zur Errichtung einer Fischfabrik, welche die Existenzgrundlage tausender muslimischer Kleinfischer zerstört hätte. Der ehemalige maronitische Staatspräsident *Chamoun* sollte an der Spitze der libanesisch-kuwaitischen Investmentfirma "*Protein*" stehen. Der unverhältnismäßig harte Einsatz gegen die Demonstranten, den der christliche Staatspräsident *Frangieh* angeordnet hatte und bei dem der populäre nasseristische Abgeordnete von *Saida*, *Ma'ruf Sa'ad*, tödlich verwundet wurde, verlieh dem Konflikt ebenfalls einen konfessionellen Anstrich. In den folgenden Tagen kam es zu erneuten Demonstrationen und Zusammenstößen, bei denen fünf Soldaten und vermutlich neun Zivilisten getötet wurden.²⁸ Die Kollision in Saida gilt als einer der Auslöser des Bürgerkrieges, der nur wenige Wochen später in Beirut ausbrach und sich schnell auf andere Regionen des Landes ausweitete.

rückgängig gemacht wurde. Am 30.1. und 1.2.1973 eskalierten Solidaritätsdemonstrationen in Auseinandersetzungen zwischen Studenten und Sicherheitskräften. Anfang Februar wurde der Streik beendet; vgl. Chamussy 1973, S. 86-92.

²⁴ Vgl. Chamussy 1973, S. 73-80, Johnson 1986, S. 166, Abu Khalil 1989, S. 254, Halawi 1992, S. 71 und 224f. Zur Verbindung der *Ghandur*-Familie zu *Salam* siehe Johnson 1986, S. 35f.

²⁵ Vgl. Hanf 1990, S. 128.

²⁶ Vgl. Johnson 1986, S. 165f.

²⁷ Ghusayni (1974) listet einige Vorfälle bis 1971 auf, bei denen es nicht selten zu Verletzten und Toten kam. Vgl. ferner Abu Khalil 1989, S. 254ff. Halawi 1992, S. 110f, hebt den hohen Beteiligungsgrad schiitischer Studenten hervor.

²⁸ Zur Eskalation in Saida s. Johnson 1986, S. 176 und Göpfrich 1982, S. 22f.